

Thurgau verschärft Gesetz für Einbürgerung

Sprachhürde Was die Sprachkenntnisse betrifft, bekommt der Thurgau das strengste Einbürgerungsgesetz der Schweiz. Weitere Verschärfungen, welche die SVP forderte, lehnte der Grosse Rat gestern ab. Wer sich im Thurgau einbürgern lassen will, muss künftig bessere Deutschkenntnisse vorweisen können als im Rest der Schweiz. Dies hat das Kantonsparlament Ende Oktober nach einer hitzigen Debatte entschieden.

Bei der Fortsetzung der Beratung lehnte der Grosse Rat gestern zwei SVP-Anträge ab, die eine weitere Verschärfung forderten. Die Behörden sollen auch in Zukunft selber entscheiden, wie sie prüfen, ob Einbürgerungswillige die Lebensverhältnisse in der Gemeinde, im Kanton und in der Schweiz kennen. Die SVP hatte gefordert, dass die Behörde dieses Integrationskriterium in einem Gespräch oder mit einem Test nachweisen müsse, wenn dies nicht offenkundig sei.

Einführung ist im Frühling geplant

Der Bund schreibt bei den mündlichen Sprachkenntnissen für Einbürgerungswillige ab Januar 2018 ebenfalls ein höheres Niveau vor. Es gilt das sogenannte Referenzniveau B1. Im Thurgau wird im Mündlichen das höhere Referenzniveau B2 eingeführt. Wie Justizdirektorin Cornelia Komposch (SP) sagte, tritt das neue Einbürgerungsgesetz voraussichtlich im Frühling in Kraft, falls kein Referendum dagegen ergriffen wird. Bis dahin sollen Einbürgerungen ausgesetzt werden. Falls es wegen einer Volksabstimmung länger dauert, gälte während der Übergangszeit Bundesrecht. (sda)

Tierschutzfälle nehmen zu

Stellungnahme Im Nachgang zum Fall Hefenhofen hat die St. Galler Regierung Stellung zum Tierschutz im Kanton genommen. Strafanzeigen und Beschwerden gegen Massnahmen nehmen zu. 2016 hat das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen 136 Strafanzeigen gegen St. Galler Tierhalter eingereicht. Drohungen gegen Kontrolleure kämen wöchentlich vor, heisst es in der Stellungnahme. Ungefähr 20-mal im Jahr würden die Mitarbeiter mit ernsthaften Drohungen konfrontiert oder sogar tätlich angegangen.

Gute Noten gibt es für die Staatsanwaltschaft. Sie habe die Verfahren beim kantonalen Untersuchungsamt zentralisiert und bearbeite sie mit Spezialisten. Eine Statistik des Bundes zeige, dass im Kanton St. Gallen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die Verurteilungsquote am höchsten sei: 174 Verurteilungen in Tierschutzfällen im Jahr 2016.

Es werden aber auch Probleme eingeräumt. Es könne Monate oder Jahre dauern, bis ein Tierhalteverbot rechtskräftig werde. In der Regel werde ein solcher Erlass auf eine strafrechtliche Verurteilung abgestellt. Im Falle einer sofortigen Beschlagnehmung der Tiere fielen während der Rekurs- und Beschwerdeverfahren «enorme Kosten» für die Unterbringung an. (sda)



«Wir müssen das Wir-Gefühl stärken»: SRG-Generaldirektor Gilles Marchand bei seinem ersten öffentlichen Auftritt in der Ostschweiz.

Bild: Ralph Ribi

«Die SRG zu hinterfragen tut gut»

No-Billag-Debatte Am Medienforum «Sendeschluss?» der SRG Ostschweiz kreuzten SRG-Unterstützer und Gebührengegner die Klingen. Weil die Lage ernst ist, reiste auch der neue SRG-Generaldirektor nach St. Gallen.

Marcel Elsener
marcel.elsener@tagblatt.ch

Vier Monate vor dem Urnengang zur No-Billag-Initiative läuft der Abstimmungskampf bereits auf Hochtouren. Auf allen möglichen Medienkanälen streiten SRG-Supporter und Gebührenabschaffer bereits derartig heftig über die Konsequenzen der Initiative, dass es schon bald keine neutralen Beobachter mehr gibt; auch wer vorläufig nichts sagen wollte, wird gezwungen, Farbe zu bekennen – Jodlerfreunde und Popstars können ein Lied davon singen. Wenn Online-Artikel Hunderte Kommentare generieren und gar die hauseigene «Arena» das Thema frühzeitig aufgriff, kann die SRG Ostschweiz nicht abseits stehen: Man werde die Initiative mit eigenen Mitteln bekämpfen, aber man habe die Pflicht zur medien-

politischen Information, eröffnete Präsident Erich Niederer das vierte Medienforum seiner Organisation am Mittwochabend im Stadtsaal des St. Galler Restaurants Lagerhaus. Kein Zufall also, dass just die SRG das erste Ostschweizer Podium zum Plebiszit über seine Zukunft veranstaltete, sinnig betitelt «Sendeschluss?».

Selbstverständlich ist da auch der neue Chef gefordert: SRG-Generaldirektor Gilles Marchand, der in Bern «fleissig Deutsch lernt», trat in St. Gallen erstmals in der Ostschweiz auf. «No Billag» sei für die SRG – sowie für die meisten der 34 privaten Radio- und Fernsehstationen in der Schweiz – eine «existenzielle Bedrohung», betonte der Halbfranzose, doch stehe sein Unternehmen vor weiteren Herausforderungen: Die 2015 beschlossene Senkung der Gebüh-

ren und das neue Gesetz über die elektronischen Medien zwingen zu einschneidenden Massnahmen. Die SRG müsse das «Wir-Gefühl stärken» und «besser erklären, was wir für die Gesellschaft leisten», sagte Marchand. Dabei sei es im Zeitalter der «Generation Netflix, die nur bezahlen will, was sie konsumiert, nicht einfach, Junge zu erreichen». Die SRG fördert laut Marchand Kooperationen mit Medienfirmen und Universitäten: «Bereits 25 Titel nutzen unsere Videoangebote.»

Hier genossenschaftliche Tradition, dort freier Markt

Zwar hatte man für das Podium keinen namhaften Politiker vom Gewerbeverband gefunden, doch blieb die Diskussion auch im Verhältnis zwei Gegner vs drei Befürworter kontradiktorisch genug, weil die hervorragende Modera-

torin Géraldine Eicher, Inland-Redaktionsleiterin Radio SRF, die Redezeit entsprechend zuteilte. «Wir haben nichts gegen die SRG, aber wir wollen Wahlfreiheit», sagte No-Billag-Mitinitiant Lukas Weinhapp, Präsident der Thurgauer Jungfreisinnigen. Statt der «Bevormundung» durch das «Staatsfernsehen» bevorzuge er den freien Markt, wo «Qualität immer nachgefragt» sei. Der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann blies ins gleiche Horn: Der Wegfall der Gebühren bedeute «eine riesige Chance für die Schweizer Medienwelt».

SRF-Direktor Ruedi Matter hielt mit der «jahrhundertalten schweizerischen Tradition der Genossenschaft» und der Mittelverteilung in die Landesteile dagegen. Der Pay-TV-Markt funktioniere für Sport und Filme, aber nicht für die «Sternstunde». Die

Rechtskonservativen rüttelten nicht umsonst an der vierten Gewalt, warnte die Thurgauer SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher. «Die SRG hat eine staatspolitische Dimension und gehört wie die Schule oder das Gesundheitswesen zum Service public, wo es der Markt nicht richten kann.» Silvio Lebrument, Geschäftsführer der «Südostschweiz»-Medien, erinnerte an die Bedeutung der Gebührengelder gerade für die privaten Ostschweizer Sender. Die Initiative sei zu radikal, aber die SRG zu hinterfragen tue gut. Ein Satz, wie er ähnlich mehrfach fiel. Wer glaubte, im hundertköpfigen Publikum sei man in der SRG-Familie, irrte: In der Mehrzahl meldeten sich Sympathisanten der Initiative zu Wort. Ein Beleg, dass die Debatte hitzig bleibt, mindestens bis zum 4. März 2018.

Toggenburg Bergbahnen halten Druck aufrecht

Aktientausch Der Streit nimmt kein Ende: Das Übernahmeangebot der Toggenburg Bergbahnen an die Aktionäre der Bergbahnen Wildhaus wurde bis 2019 verlängert.

Am Freitag wäre die Frist verstrichen, doch wie viele Aktien der Bergbahnen Wildhaus AG den Besitzer gewechselt haben, bleibt weiterhin ein gut gehütetes Geheimnis. Mélanie Eppenberger, Verwaltungsratspräsidentin der Toggenburg Bergbahnen AG in Unterwasser, liess sich auch gestern nicht in die Karten schauen. Und sie überrascht die Wildhauser Konkurrenz erneut: Indem sie die Frist für das Übernahmeangebot bis Ende September 2019 verlängert. Dannzumal läuft das gemeinsame Winterticket der beiden Bergbahnen aus.

«Von dieser Fristverlängerung wussten wir nichts», sagt Jack Rhyner, Präsident des Ver-

waltungsrats der Bergbahnen Wildhaus AG. Damit liegt das 15-Millionen-Ausbauprojekt Wildhaus 2.0 weiterhin auf Eis. Es gibt keine neue 6er-Sesselbahn und keine bessere Beschneidung, weil Bundesgelder im Rahmen der Neuen Regionalpolitik von fünf Millionen Franken nach dem Entscheid der St. Galler Regierung nicht zur Verfügung stehen. Somit sind auch sechs Millionen Franken von der Bank blockiert.

Die Gegenseite in Unterwasser spricht dagegen von einem «Hassklima», das von der Gegenseite bewusst geschürt werde. Der St. Galler Volkswirtschaftschef Bruno Damann sieht die Si-

tuation nüchtern, von der Fristverlängerung habe er aus den Medien erfahren. Er wolle nun mit Rolf Züllig, Gemeindepräsident Wildhaus-Alt St. Johann,



Die Situation im Obertoggenburg ist verfahren. Bild: Benjamin Manser

und Max Nadig, Präsident von Toggenburg Tourismus, reden: «Beide haben mit den Bergbahnen gesprochen.» Für ihn habe der Entscheid der Gesamtregierung «bis auf Widerruf» nach wie vor Gültigkeit.

Poollösung in Frage gestellt

Nadig ruft die Bergbahnen zur Zusammenarbeit auf: «Sie müssen jetzt im Interesse der Destination handeln.» Konkrete Vorschläge wollte Nadig allerdings nicht machen. «Das müssen wir jetzt diskutieren.» Für Mélanie Eppenberger ist die 2015 ausgehandelte Poollösung der Stein des Anstosses. «Diese Quersub-

ventionierung der Achse Wildhaus können und wollen wir uns nicht mehr leisten», hatte sie bereits an der Generalversammlung im Oktober gesagt. Der heutige Geldverteilungsmechanismus sei «ad absurdum» geführt worden: An Spitzentagen wechselten 60 Prozent der Skifahrer, die in Wildhaus eingestiegen seien, nach Unterwasser. In der Realität sauge aber allein der zu Wildhaus gehörende Gamsalp-Sessellift 30 Prozent des Umsatzes ab. Das lässt Rhyner nicht so stehen: Diese Wechselbewegung gebe es auch in umgekehrter Richtung.

Christoph Zweili
christoph.zweili@tagblatt.ch